

Die Ziele der GroKo im Koalitionsvertrag

Arbeitsmarkt

Selen, Eray, Mirco

Es wird häufig zwischen erstem und zweitem Arbeitsmarkt unterschieden. Der erste Arbeitsmarkt wird ausschließlich von Angebot und Nachfrage geregelt. Arbeitgeber bieten Arbeitsplätze an, Arbeitskräfte suchen einen geeigneten Arbeitsplatz. Der zweite Arbeitsmarkt bezeichnet zusammenfassend alle staatlich subventionierten Arbeitsverhältnisse. Dazu gehören die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie die Strukturanpassungsmaßnahmen. Ziel des zweiten Arbeitsmarktes ist es, die dort Beschäftigten besser in den regulären ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Unnötige Bürokratie kostet Zeit und Geld.

Ziele der GroKo sind das befristete Jobs eingedämmt werden sollen und der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll um 0,3 Prozentpunkte sinken. Wenn langzeitarbeitslose einen Job annehmen werden sie vom Staat unterstützt. Sie wollen das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit bekommen.

Digitalisierung

Oleg, Lina, Julia

Es soll in jeder Region und Gemeinden durch Glasfaser bis 2025 schnelleres Internet geben. Im Internet sollen weiter alle Inhalte mit gleichem Tempo transportiert werden und die Netzneutralität soll bestehen bleiben. Es soll eine Daten-Ethikkommission geben und ein digitales Bürgerportal soll elektronisch für jedem Bürger verfügbar gemacht werden.

Innere Sicherheit und Verteidigung

Lisa, Jana, Orsi, Simon

Bei den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern sollen je 7500 zusätzliche Stellen geschaffen werden, zudem 6000 neue Stellen in der Justiz. Für den Umgang mit terroristischen Gefährdern sollen bundesweit einheitliche Standards kommen.

Rüstungsexporte sollen auch mit strengeren Richtlinien weiter eingeschränkt werden. Die Bundeswehrtruppen in Afghanistan und Mali sollen aufgestockt, die militärische Beteiligung am Kampf gegen die Terrormiliz "Islamischer Staat" soll dagegen eingeschränkt werden.

Die **Sicherheitspolitik** als ein Teilgebiet der Politik umfasst alle Überlegungen, Planungen und vertraglichen bzw. legislativen Gestaltungsprozesse von organisatorischen Einheiten auf (in Ausnahmefällen substaatlicher,) staatlicher und konföderativer Ebene bezüglich der interessengeleiteten Friedenserhaltung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Kriegsführung zwischen und gegenüber staatlichen, staatsähnlichen und nichtstaatlichen Akteuren.

Sicherheit:

Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern sollen je 7500 zusätzliche Stellen bekommen, die Justiz mindestens 2000 neue Stelle. Für den Umgang mit Terrorgefährdern sollen bundesweit einheitliche Standards kommen. Die Videoüberwachung soll verhältnismäßig und mit Augenmaß ausgebaut werden.

Verteidigung:

Rüstungsexperten sollen auch mit strengen Richtlinien weiter eingeschränkt werden. Die Bundeswehrtruppen in Afghanistan und Mali sollen aufgestockt, die Militärische Bildung am Kampf gegen „die Terrormiliz“ islamischer Staaten sollen dagegen eingeschränkt werden.

Klima und Umwelt

Aleyna, Julian, Maurice

- Deutschland braucht saubere, sichere und bezahlbare Energie
- Immer mehr Ökostrom wird in unsere Stromnetze eingefügt – und diesen Ausbau finanzieren tragen wir alle einen Zuschlag auf unsere Stromkosten mit.
- Wo kostengünstig Ökostrom erzeugt wird, zum Beispiel bei der Windenergie auf dem Land, wird der Ausbau weiter vorangetrieben. Bei anderen Technologien (z.B. Biogasanlagen) wird es auf ein vernünftiges Maß gebracht.
- Um das Klimaschutzziel für 2020 zu erreichen, hat die Bundesregierung beschlossen, besonders umweltschädliche Braunkohle-Kraftwerke abzuschalten.
- Braunkohle-Meiler mit einer Gesamtleistung von 2,7 Gigawatt werden vier Jahre in einer Not-Reserve geparkt und dann stillgelegt.

Rente

Frederic, Ammar, Jannis

Bis 2015 soll das Rentenniveau, also das Verhältnis der Rente zum Lohn, nicht unter 48% fallen. Außerdem soll der Beitragssatz nicht über 20% steigen. Für die Zeit danach soll eine Rentenkommission eingerichtet werden. Des Weiteren sollen die Mütter, die von 1992 drei oder mehr Kinder geboren haben, das dritte Erziehungsjahr aufgerechnet bekommen. Selbstständige sollen zur Altersvorsorge verpflichtet werden.

Diejenigen, die frühzeitig Arbeitsunfähig sind, sollen ab sofort so behandelt werden, als wenn er bis zum aktuellen Renteneintrittsalter gearbeitet hätte.

Die Mehrausgaben werden mehrere Milliarden Euro betragen. Die CSU veranschlagt allein die von ihr durchgesetzte Ausweitung der Mütterrente mit 3,4 Milliarden Euro jährlich.

Wohnen

Ewa, Sarah, Zippora

- Die Mietpreise in den Großstädten soll mit einer Auskunftspflicht zur Vormiete nachgeschärft werden.
- Eltern die ein oder mehrere Kinder versorgen kriegen von 1200 Euro pro Kind über zehn Jahre eine bestimmte Einkommensgrenze zum bauen oder kaufen.
- Auch über 2019 hinaus will der Bund Milliarden in den sozialen Wohnungsbau stecken.
- Über eine Umgestaltung der Grundsteuer soll zudem mehr Bauland verfügbar gemacht werden.

Zuwanderung und Flüchtlinge

Hannah, Anna, Rokaya

- Asylverfahren soll in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen stattfinden.
- Der Zuzug von Flüchtlingen soll die Zahl 180.000 bis 220.000 nicht überschreiten.
- Der Nachzug von Familienmitgliedern zum Beispiel aus einem Bürgerkriegsland bleibt bis zum 31. Juli ausgesetzt.
- Der Nachzug ist eng begrenzt auf 1000 Menschen pro Monat.
- Es besteht eine Härtefallreglung, die Details müssen noch ausgehandelt werden.
- Das Asylverfahren soll in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen statt finden.
- Zuzug von Flüchtlingen soll die Zahl 180000 bis 220000 nicht überschritten werden
- Nachzug von Familienmitgliedern zum Beispiel aus einem Bürgerkriegsland bleibt bis zum 31. Juli ausgesetzt. Der Nachzug ist eng begrenzt auf 1000 Menschen pro Monat. Es besteht eine Härtefallreglung, die Details müssen noch ausgehandelt werden.

Gesundheit und Pflege

Jo, Shan, Can

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen die Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen zahlen. Pflegekräfte erhalten mehr Geld, 8000 Pfleger sollen zeitnah eingestellt werden. Kinder von Pflegebedürftigen müssen erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro für die Pflege ihrer Eltern aufkommen. Zentrale Telefonnummer für Arzttermine wird eingerichtet. Deutschland soll in der Debatte für eine Stärkung der EU aktiver werden. Gemeinsam mit Frankreich soll die Eurozone reformiert werden. Ziel ist zudem eine „solidarische Verantwortungsteilung in der EU“ in der Flüchtlingspolitik. Generell gelte: „Wir sind auch zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit.“ CDU, CSU und SPD haben sich nach stundenlangen Verhandlungen auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Neben den Vereinbarungen zu inhaltlichen Knackpunkten ist daraus auch die Ressortverteilung ersichtlich. Hier eine Zusammenfassung.

Die Länder sollen bis 2021 acht Milliarden Euro für Flüchtlingskosten erhalten. Das schon für 2013 angestrebte Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit soll nun kommen - für Firmen ab 45 Mitarbeitern. Bei 45 bis 200 Mitarbeitern soll dieser Anspruch nur einem pro 15 Mitarbeitern gewährt werden müssen. Der Beitrag zu Arbeitslosenversicherung soll um 0,3 Prozentpunkte sinken. Langzeitarbeitslose wollen Union und SPD mit öffentlich bezuschussten Jobs wieder in Arbeit bringen. Ein Fachkräfte-Einwanderungsgesetz soll den Zuzug ordnen und steuern. Deutschland soll in der Debatte für eine Stärkung der EU aktiver werden. Gemeinsam mit Frankreich soll die Eurozone reformiert werden.

Bildung

Regina, Jolina, Daniel

Durch die Grundgesetzänderung soll der Bund ab jetzt mehr Geld in die Schule stecken. Zudem sollen dabei 2 Milliarden Euro in den Ausbau von Ganztagschulen und Betreuung gelegt werden, weitere 1. Milliarde Euro für BAföG Reform und 600 Millionen Euro zur besseren Ausstattung von Unis genutzt werden.

Grundschüler sollen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bekommen außerdem soll ein Mindestlohn auch bei der Bildung verbindlich sein.

3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes soll für Forschung und Bildung ausgegeben werden.

Bisher sollen Finanzhilfen des Bundes nur für finanzschwache Kommunen zulässig sein, außerdem soll dafür der Paragraph 104c des Grundgesetzes geändert werden. Im gesamten wollen die Parteien ein Bildungs-, Digital und Forschungspaket mit einem Volumen von sechs Milliarden Euro schnüren.